



## **Newsletter *Gesundheit und Soziales*, 20/2011 vom 12.5.2011**

---

### **Aus der Bürgerschaft:**

**Andere Vergabepaxis statt anderer Drogenpolitik**

**Zur Situation von Betreuten**

### **Außerdem:**

**Morgen Veranstaltung der Grünen Alten zu Rentengrenze und Altersarmut**

**Am 22. Mai wählen gehen!**

---

### **Andere Vergabepaxis statt anderer Drogenpolitik**

Wie im Frühjahr bekannt wurde, wurden bei Haaranalysen von Kindern aus Elternhäusern von mit Methadon substituierten Drogenabhängigen Spuren von Drogen gefunden. Im April hatte die Bürgerschaft mit einem umfangreichen Antrag Maßnahmen zur Prävention beschlossen, der auch von der Opposition unterstützt worden war. Inzwischen liegen die Ergebnisse einer genaueren Untersuchung der Haarproben vor, die größtenteils Entwarnung hinsichtlich des Verdachts geben, die Eltern hätten ihren Kindern Drogen direkt verabreicht.

In der dazu von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde - in der Debatte als Wahlkampfmanöver bezeichnet - sagte Horst Frehe, sozialpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion: „Wenn Eltern neben der Methadon-Einnahme weiterhin zusätzlich illegale Drogen konsumieren (und sich für diesen sogenannten Beigebruch ja auch noch die Drogen und das dafür erforderliche Geld beschaffen müssen), sind sie grundsätzlich nicht in der Lage, ihren Elternaufgaben verantwortungsvoll nachzukommen. In diesem Fall muss auch geprüft werden, ob sie überhaupt weiter am Methadonprogramm teilnehmen können. Durch ein solches Verhalten verletzen sie eine von der Bundesärztekammer verabschiedete Richtlinie zur Methadonvergabe.“

„Wir brauchen daher keine andere Drogenpolitik – die ist in Ordnung. Wir brauchen eine andere Vergabepaxis, an der Ärzte und Ärztinnen, Apotheker und Apothekerinnen, Familienhebammen und Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen zusammenwirken!“ so Frehe weiter, und er forderte die CDU mit Bezug auf den Beschluss vom April auf: „Lassen Sie uns dieses gemeinsam umsetzen und nicht

durch die Aktuelle Stunde Panik verbreiten und eine Abkehr von einer akzeptierenden Drogenarbeit vollziehen.“

### **Zur Situation von Betreuten**

Die Große Anfrage der Grünen-Fraktion zur Situation von Betreuten in Bremen und Bremerhaven wurde jetzt in der Bürgerschaft debattiert. Dabei geht es um Menschen, die ihre Rechte im Alltag nicht mehr selbst wahrnehmen können; sie haben einen Anspruch auf Unterstützung bei der Wahrnehmung dieser Rechte. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen bestimmt, dass alle Vertragsstaaten sicherstellen müssen, dass Menschen mit Behinderungen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um ohne Einschränkungen ihre Rechte wahrnehmen zu können. Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher: „Betreuungsrecht ist daher ein Menschenrecht! Grund für unsere Anfrage war die Sorge, ob die Behindertenrechtskonvention im Land Bremen auch in diesem Bereich umgesetzt wird.“

Aus der Antwort des Senats ergibt sich, dass es in Bremerhaven dreimal so viele ehrenamtliche wie beruflich ausgeübte Betreuungen gibt, in der Stadt Bremen dagegen liegt die Zahl der ehrenamtlichen unter der Zahl der Berufsbetreuungen. „Das geht so nicht!“ so Frehe. „Denn das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt vor, dass Betreuungen vorrangig ehrenamtlich ausgeübt werden sollen.“

Betreuung unterstützt zwar Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie schränkt damit aber auch die Handlungsfähigkeit der betreuten Menschen ein, insbesondere wenn sie einen Genehmigungsvorbehalt für Rechtsgeschäfte umfasst. Deshalb müssen Betreuungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Immer, wenn dies möglich ist, sollten sie möglichst persönlich zusammen mit dem oder der Betreuten ausgeübt werden. Daher ist die ehrenamtliche Betreuung immer zu bevorzugen, soweit die Betreuerin oder der Betreuer nicht durch die Aufgaben überfordert ist. Frehe: „Um ausreichend ehrenamtliche Betreuungspersonen zu finden, muss ein umfangreiches Unterstützungsnetz aufgebaut werden, das vor allem durch Betreuungsvereine sichergestellt werden kann.“

### **Außerdem:**

#### **Veranstaltung der Grünen Alten zu Rentengrenze und Altersarmut**

Welche Bedeutung hat Arbeit für die gesellschaftliche Anerkennung und die Identifikation der Generation der Alten? Hat die Rente überhaupt noch eine Zukunft? Jenseits der Rentengrenze - Arbeiten bis zum Umfallen und trotzdem arm? Die Grünen Alten Bremen möchten diese Fragen diskutieren mit Dr. Günter Warsewa, Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen, Dr. Simone Scherger, Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen, Birgitt Pfeiffer, Leiterin der Freiwilligen-Agentur Bremen, und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Rentenexperte der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen. Die von Bernd Gosau, Grüne Alte Bremen, moderierte Veranstaltung findet statt am morgigen Freitag 13.5.2011 um 20:00 Uhr im Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, 28195 Bremen.

## Am 22. Mai wählen gehen!

Das Statistische Landesamt Bremen bietet im Vorfeld der Wahl drei neue interaktive Informationsquellen an. Sie informieren über die Kandidaten und Kandidatinnen, die für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Wahl stehen, über die Ergebnisse der vorherigen Bürgerschaftswahlen in den Ortsteilen der Städte Bremen und Bremerhaven und über den Zusammenhang zwischen Wahlergebnissen und soziodemografischen Merkmalen in den Ortsteilen der Stadt Bremen. Zur ausführlichen Pressemitteilung des Senats geht es hier:

<http://senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=41487>



### Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin  
[Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de](mailto:Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de)  
(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher  
[Horst.Frehe@gruene-bremen.de](mailto:Horst.Frehe@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher  
[Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de](mailto:Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte  
[Janne.Mueller@gruene-bremen.de](mailto:Janne.Mueller@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit  
[Andrea.Quick@gruene-bremen.de](mailto:Andrea.Quick@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>